

## **Unterstützung von Stadtteelfesten und Stadtteilaktivitäten**

Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrags der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN / Rosa Liste vom 28.11.2007

Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 04023

3 Anlagen

### **Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 12.05.2010 (VB)** Öffentliche Sitzung

#### **I. Vortrag des Referenten**

Die Vollversammlung des Stadtrates hat am 19.12.2007 folgende Beschlüsse (SV-Nr. 02-08 / V 11171) gefasst:

1. Die Verwaltung entwickelt ein Konzept für gemeinnützige Veranstaltungen im öffentlichen-städtischen Raum, das für ehrenamtliche Veranstalter von Stadtteelfesten und anderen Stadtviertelaktivitäten möglichst eine Kostenneutralität zur Folge hat. Dabei sind alle Umstände zu berücksichtigen, inklusive der Einnahmen der Vereine.
2. In diesem Konzept ist insbesondere die Münchner Verkehrsgesellschaft mbH mit einzubeziehen.
3. Für Faschingsveranstaltungen ist im Sinn des Konzepts von Ziff. 1 eine vorläufige Regelung zu treffen bzw. sind die Kosten erst zu erheben, wenn das Gesamtkonzept vorliegt.
4. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.
5. Die Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrags von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL vom 28.11.2007 sind aufgegriffen.

In der Referentenbesprechung am 07.01.2008 wurde dem Direktorium vom Oberbürgermeister die Federführung für die Bearbeitung übertragen.

## 1. Ist-Stand:

### 1.1. Kostenerhebung:

#### 1.1.1. Kreisverwaltungsreferat

Bei der Gebührenerhebung für Veranstaltungen auf öffentlichen Grund ist zwischen Verwaltungsgebühren und Sondernutzungs- / Benutzungsgebühren zu unterscheiden.

##### a) Verwaltungsgebühren

Diese müssen durch das Kreisverwaltungsreferat für Veranstaltungen auf öffentlichem Verkehrsgrund (Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr, (GebOST) und in Grünanlagen nach der Grünanlagensatzung (Kostensatzung) erhoben werden.

Mit den Verwaltungsgebühren gelten eine Reihe weiterer Kosten als abgegolten. Dies betrifft insbesondere die Gebühren für das Erstellen der verkehrsrechtlichen Anordnungen sowie für die Erstellung der immissionsschutzrechtlichen (RGU) und brandschutztechnischen Auflagen.

Eine Verwaltungsgebühr für Genehmigungen von Veranstaltungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen wird nicht erhoben, wenn eine **persönliche Gebührenbefreiung** nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (§§ 1,3 und 4 GebOST) bzw. der Kostensatzung i.V.m. dem Kostengesetz (KG) vorliegt. Dies gilt insbesondere für städtische Veranstaltungen oder Veranstaltungen, in denen die Stadt als Mitveranstalterin auftritt (§ 5 GebOST; § 4 der Kostensatzung i.V.m. Art. 4 KG).

Bisher existiert für Veranstaltungen von Bezirksausschüssen eine Sonderregelung, wonach keine Gebühren festgesetzt werden, soweit das Direktorium das städtische Interesse an der Veranstaltung bescheinigt.

Im Einzelfall kann vom KVR als Genehmigungsbehörde aus **Billigkeitsgründen** auf die Erhebung der Gebühr verzichtet werden. Dies bleibt jedoch auf die Fälle beschränkt, bei denen ein besonderes öffentliches Interesse vorliegt. Dies ist in der Regel nur bei herausragenden Veranstaltungen, die eine besondere Bedeutung für die Stadt haben, zu bejahen.

Darüber hinaus hat die Genehmigungsbehörde keine Möglichkeit, bürgerschaftliche Projekte und Stadtteilsteste im Wege einer Reduzierung bzw. eines Erlasses der Verwaltungsgebühr zu unterstützen, da für alle Amtshandlungen grundsätzlich eine Kostenpflicht besteht.

##### b) Sondernutzungsgebühren

Für die Inanspruchnahme des Straßenraumes oder der Grünanlage über den Gemeingebrauch hinaus kann eine Sondernutzungsgebühr (Sondernutzungsgebührensatzung) bzw. eine Benutzungsgebühr (Grünanlagengebührensatzung) erhoben werden. Um aber Veranstaltungen zu fördern, wurden für nachbarschaftliche oder ähnliche Veranstaltungen keine Tatbestände in das Gebührenverzeichnis der Sondernutzungsgebührensatzung aufgenommen, so dass keine Sondernutzungsgebühren anfallen.

### **1.1.2. Baureferat**

Die Kostenerhebung durch das Baureferat für die Beschilderung orientiert sich grundsätzlich an der Entscheidung des Kreisverwaltungsreferates, d. h. wenn das KVR keine Verwaltungsgebühren festgesetzt hat, werden vom Baureferat keine Kosten für die Beschilderung erhoben.

Die Veranstaltungsgenehmigung sieht grundsätzlich vor, dass nach der Veranstaltung die öffentlichen Verkehrsflächen vom Veranstalter gereinigt werden. Diese Verpflichtung kann der Veranstalter entweder selbst erfüllen oder private Firmen bzw. die städtische Straßenreinigung beauftragen. Es besteht also kein Anschluss- und Benutzungszwang an die städtische Straßenreinigung.

Die städtische Straßenreinigung ist als Regiebetrieb verpflichtet, alle Leistungen in Rechnung zu stellen. Der Großteil der regulären Leistungen der Straßenreinigung wird für die Anlieger im Vollanschlussgebiet erbracht, welche dafür Gebühren entsprechend der Straßenreinigungsgebührensatzung bezahlen. Leistungen für Dritte, worunter auch Leistungen im Rahmen von Veranstaltungen fallen, werden entsprechend dem tatsächlichen Aufwand auf Grundlage exakter Kostensätze verrechnet. Veranstaltungen, die von der Stadt München durchgeführt werden (z. B. Stadtgeburtstag) oder Brauchtumsveranstaltungen (z. B. Fasching Viktualienmarkt) werden über den Hoheitshaushalt abgerechnet.

### **1.1.3. Kulturreferat**

Für die Bereitstellung von kostengünstiger Veranstaltungstechnik für Veranstaltungen von Vereinen, Initiativen, Einzelkünstlern, Künstlergruppen, der städtischen Referate und Bezirksausschüsse erhebt das Kulturreferat eine vom Stadtrat beschlossene Nutzungsgebühr (zuletzt Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 13.12.2006), die sich nach dem Umfang der ausgeliehenen Gerätschaften staffelt.

Die Ausleihe erfolgt durch den Leihnehmer freiwillig; es besteht kein Benutzungszwang.

### **1.1.4. Leistungen der MVG:**

Veranstaltungen im Straßenraum machen häufig Umleitungsverkehre und Haltestellenverlegungen erforderlich. Diese zusätzlichen Leistungen kann die MVG, die ihre Kosten aus Fahrgeldeinnahmen decken muss, nur gegen Kostenerstattung erbringen. Hierbei werden den Veranstaltern aber nur die diesen Maßnahmen zuordenbaren, zusätzlich anfallenden Kosten in Rechnung gestellt.

Ausnahmsweise werden Leistungen der MVG durch die MVG getragen, wenn sie (Mit-) Veranstalter ist.

## **1.2. Faschingsveranstaltungen**

Am 23.01.2008 fand eine erste Arbeitsbesprechung zwischen Vertreterinnen und Vertretern des Kreisverwaltungsreferates, der Stadtkämmerei, den Stadtwerken und dem Direktorium statt mit dem Ziel, für 2008 vorläufige Regelungen im o.g. Sinne zu treffen.

### **1.2.1. Kreisverwaltungsreferat**

Das KVR hat beschlussgemäß für die gebührenpflichtigen Faschingsveranstaltungen 2008 die Verwaltungsgebühr zwar im Bescheid festgesetzt, allerdings den jeweiligen Betrag nicht zum Soll gestellt. Die entsprechenden Gebühren wurden insofern gestundet. Analog wurde bei den Veranstaltungen 2009 und 2010 verfahren.

### **1.2.2. Baureferat:**

Die städtische Straßenreinigung ist als Regiebetrieb jedes Jahr nur mit der Reinigung von bestimmten Faschingsveranstaltungen beauftragt. Die Reinigungsleistungen im Zuge der Brauchtumsveranstaltungen „München Narrisch“ und „Fasching Viktualienmarkt“ werden über den Hoheitshaushalt verrechnet. Sonstige Faschingsveranstaltungen, die durch die Straßenreinigung gereinigt wurden, sind wie bei den vorangegangenen Veranstaltungen direkt vom Veranstalter beauftragt und diesem in Rechnung gestellt worden.

Soweit das Baureferat - Verkehrszeichenbetrieb mit der Beschilderung der Brauchtumsveranstaltungen beauftragt ist, erfolgt keine Kostenverrechnung an den Veranstalter, da vom Kreisverwaltungsreferat keine Gebühren gemäß GebOST festgesetzt wurden. Der Beschilderungsumfang und somit der Kostenaufwand richtet sich nach den verkehrsrechtlichen Anordnungen des Kreisverwaltungsreferates.

### **1.2.3. MVG**

Wie bei anderen Veranstaltungen kann die MVG aus den unter Punkt 1.1.4 dargelegten Gründen auch bei Faschingsveranstaltungen ihr zusätzlich entstandene Kosten auch weiterhin nur gegen Kostenerstattung erbringen. Eine (vorübergehende) Stundung seitens der MVG ist nicht möglich.

## **2. Veranstaltungszahlen:**

Die Erhebung der Veranstaltungszahlen und der damit verbundenen Gebühren durch das KVR erfolgt manuell. Aus diesem Grund stehen die Fallzahlen für 2009 nicht zur Verfügung.

Als Bezugsjahr wurde deshalb 2007 ausgewählt, weil diese Zahlen bereits zu einem früheren Zeitpunkt erhoben wurden und die Gesamtzahl der Veranstaltungen in etwa den Zahlen von 2009 entspricht. Die Veranstaltungszahlen für 2008 waren auf Grund der 850-Jahr-Feier und der damit verbundenen Sonderregelungen nicht repräsentativ.

### **2.1. Kreisverwaltungsreferat**

2007 wurden durch das Kreisverwaltungsreferat 938 Veranstaltungen auf öffentlichen Verkehrsflächen und in städtischen Grünanlagen genehmigt. Gebührenbefreit waren 445 Veranstaltungen, davon wurden 32 Veranstaltungen von Bezirksausschüssen durchgeführt. Somit wurden in fast der Hälfte aller Fälle (47,4 %) keine Gebühren erhoben.

Die Höhe der Gebühren aller Genehmigungen belief sich auf 140.869,23 €.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass von insgesamt 120.965,20 € Gebühren für Veranstaltungen in Grünanlagen fast die Hälfte der Gebühren auf einen Veranstalter entfällt.

Die Gebühren für die meisten gebührenpflichtigen Veranstaltungen liegen oft weit unter 100,- €. (20,- bis 70,- €) Die Gebühren des KVR stellen für die Veranstalter somit i.d.R. nur einen sehr geringen Kostenfaktor dar.

## Kostenaufstellung KVR 2007:

Öffentliche Verkehrsfläche ( gesamt 643)				
	gebührenfrei		mit Gebühr	
insgesamt	356		287	19.904,03 €
davon BA	28		./.	

Grünanlagen ( gesamt 295)				
	gebührenfrei		mit Gebühr	
insgesamt	89		206	120.965,20 €
davon BA	4		./.	

**2.2. Baureferat**

2007 wurden vom Baureferat rund 285.000,- € den Veranstaltern für die in Auftrag gegebenen Leistungen in Rechnung gestellt. Leistungen in Höhe von 258.000,- € wurden über den Hoheitshaushalt abgerechnet, wobei die Beschilderungskosten nicht enthalten sind.

Die erbrachten Beschilderungsleistungen und somit die Kosten für den Hoheitshaushalt betragen jedoch ein Vielfaches von den verrechneten Kosten, da hierunter alle Großveranstaltungen im Stadtgebiet fallen wie z. B. Oktoberfest, Demonstrationen, Brauchtumsveranstaltungen, Sicherheitskonferenz, Staatsbesuche etc.

## Kostenaufstellung Baureferat 2007:

Anzahl der Fälle	Art der Leistung	Summe der an den Veranstalter in Rechnung gestellten Kosten	Summe der vom Hoheitshaushalt getragenen Kosten
32	Straßenreinigung für Dritte	237.878,25 €	
23	Straßenreinigung		258.144,11 €
87	Beschilderung für Dritte	47.480,49 €	
133	Beschilderung		Keine Aufstellung vorhanden
275	Gesamtkosten	285.358,74 €	258.144,11 €

## 2.1. MVG

2007 wurden den Veranstaltern von der MVG für 21 Veranstaltungen rund 94.930,- € in Rechnung gestellt.

2008 wurden den Veranstaltern von der MVG für 31 Veranstaltungen rund. 101.000,- € in Rechnung gestellt.

## 3. Konzept:

Verschiedene Konzepte wurden geprüft und letztlich verworfen.

Insbesondere kommt eine **Abrechnung über den Hoheitshaushalt** nicht in Betracht. Dieser Lösungsansatz sah vor, die o.g. Veranstaltungen, falls sie bestimmte Kriterien erfüllen, über den Hoheitshaushalt abzurechnen.

Allerdings lässt sich die Finanzierung über den Hoheitshaushalt angesichts der derzeitigen finanziellen Situation der Stadt nicht begründen. Die Kämmerei hat sich definitiv gegen einen freiwilligen Einnahmeverzicht über die bestehenden Regelungen hinaus ausgesprochen. Zentrale Mittel würden von der Kämmerei für diese Zwecke nicht zur Verfügung gestellt.

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die städtischen Gebühren nicht die entscheidenden Kostentreiber bei den Stadtteilstesten sind.

Die Eigen- und Regiebetriebe sowie die Gesellschaften können bzw. dürfen nicht auf ihre Einnahmen verzichten, so dass deren Aufwände auch über den Hoheitshaushalt (unzulässiger Weise) abzurechnen wären.

Nicht zu unterschätzen wäre ferner die Bezugsfallwirkung für weitere freiwillige Leistungen.

Daher wird für das Ziel, Stadtteilsteste und andere Stadtteilaktivitäten einschließlich der Faschingsveranstaltungen zu fördern, folgendes Konzept vorgeschlagen:

### 3.1. Gebühren- und Kostenbefreiung bzw. -reduzierung

#### 3.1.1. Gebühren des Kreisverwaltungsreferats

Die Gebühren des Kreisverwaltungsreferats umfassen sowohl die Verwaltungsgebühren als auch die Sondernutzungs- / Benutzungsgebühren.

##### a) **Persönliche Gebührenbefreiung, wenn ein Bezirksausschuss alleiniger Veranstalter ist:**

Sobald der Beschluss eines Bezirksausschusses über die Durchführung einer eigenen Veranstaltung vorliegt, geht das Kreisverwaltungsreferat von einer persönlichen Gebührenbefreiung aus (§ 29 II StVO; § 5 GebOSt; Art. 4 KG; § 4 Grünanlagensatzung).

##### b) **Persönliche Gebührenbefreiung, wenn ein Bezirksausschuss als Mitveranstalter auftritt:**

Wenn die Voraussetzungen für eine Mitveranstalterschaft vorliegen, ist von einer persönlichen Gebührenfreiheit auszugehen. Das Kreisverwaltungsreferat erhebt dann keine Gebühren.

Das Direktorium entscheidet nach einem fest definierten Kriterienkatalog, ob der Bezirksausschuss „Mitveranstalter“ ist. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass ein Bezirksausschuss als Organ nicht selbst Mitveranstalter sein kann, sondern dieses letztlich die Landeshauptstadt München ist. Es müssen daher dieselben rechtlichen Rahmenbedingungen wie für andere städtische Veranstaltungen eingehalten werden (u.a. Gleichbehandlung, parteipolitische Neutralität). Daher ist es erforderlich, dass die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Mitveranstaltung ebenso wie bei Veranstaltungen, die ein Fachreferat mit Dritten durchführt, geprüft werden. Außerdem ist entsprechend den Regelungen in anderen Referaten ein Vertrag mit dem Mitveranstalter zu schließen, der die gegenseitigen Rechte und Pflichten festlegt.

Der Bezirksausschuss ist Mitveranstalter, wenn er die Veranstaltung mitverantwortlich plant und durchführt sowie finanziell und personell mit nicht nur unerheblichen Einsatz unterstützt, wobei die Mitwirkenden seitens des Bezirksausschusses namentlich zu benennen sind. Bei seiner Entscheidung über eine Mitveranstalterschaft sind alle Umstände zu berücksichtigen, inklusive der Einnahmen der Vereine.

Zudem müssen folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein:

- Es muss sich um eine gemeinnützige Veranstaltung handeln.  
Dies ist dann zu bejahen, wenn es sich bei dem (Haupt-) Veranstalter um einen gemeinnützigen Veranstalter im Sinne der AO (Bescheinigung Finanzamt) handelt oder der (Haupt-) Veranstalter steuerbegünstigte Zwecke nach der AO verfolgt und dies glaubhaft darlegen kann.
- Die für den Mitveranstalter handelnden Personen müssen weit überwiegend ehrenamtlich tätig sein.
- Die Veranstaltung muss in ihrer Bedeutung auf den Stadtbezirk beschränkt sein und der Förderung des Gemeinschaftslebens im Stadtbezirk dienen (**Stadtteilbezug**).

Das Direktorium wird vertragliche Regelungen für eine Mitveranstalterschaft entsprechend den Regelungen in anderen Referaten ausarbeiten.

#### **c) Gebührenbefreiung aus Billigkeitsgründen:**

Im Einzelfall kann vom KVR als Genehmigungsbehörde aus Billigkeitsgründen weiterhin auf die Erhebung der Gebühr verzichtet werden. Dies bleibt jedoch auf die Fälle beschränkt, bei denen ein besonderes öffentliches Interesse vorliegt. In der Regel ist dies nur bei herausragenden Veranstaltungen, die eine besondere Bedeutung für die Stadt haben, zu bejahen.

#### **d) Nutzungsgebühr bei nachbarschaftlichen und ähnlichen Veranstaltungen:**

Neben einer Genehmigungsgebühr kann für die Inanspruchnahme des Straßenraumes oder der Grünanlage über den Gemeingebrauch hinaus auch eine Sondernutzungsgebühr (Sondernutzungsgebührensatzung) bzw. eine Benutzungsgebühr (Grünanlagegebührensatzung) erhoben werden. Zur Förderung dieser Veranstaltungen wurden aber keine Tatbestände in das Gebührenverzeichnis der Sondernutzungsgebührensatzung aufgenommen. Damit werden außer der Genehmigungsgebühr keine weiteren Gebühren erhoben.

#### **3.1.2. Kosten des Baureferats**

Es besteht weder für die erforderliche Beschilderung noch für eine eventuell erforderliche Straßenreinigung ein Anschluss- und Benutzungszwang. D. h., der Veranstalter kann diese Leistungen auch selbst bzw. durch private Firmen durchführen lassen.

Die Kostenerhebung für die Beschilderung gemäß StVO orientiert sich grundsätzlich an der Entscheidung des Kreisverwaltungsreferates, d. h., wenn das KVR keine Genehmigungsgebühren festgesetzt hat, werden vom Baureferat keine Kosten für die Beschilderung erhoben.

Jede weitere Ausdehnung des Verzichtes der Kostenerhebung würde sich direkt auf den Haushalt des Baureferats auswirken und die für den Unterhalt und Gewährleistung der Verkehrssicherheit zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel weiter reduzieren.

Die städtische Straßenreinigung ist als Regiebetrieb verpflichtet alle Leistungen in Rechnung zu stellen. Leistungen für Dritte, worunter auch Leistungen im Rahmen von Veranstaltungen fallen, werden entsprechend dem tatsächlichen Aufwand auf Grundlage exakter Kostensätze verrechnet. Ein Verzicht der Kostenerhebung hätte eine direkte Verrechnung auf den Hoheitshaushalt zur Folge.

Da die Kämmerei sich definitiv gegen einen freiwilligen Einnahmeverzicht über die bestehenden Regelungen hinaus ausgesprochen hat und zentrale Mittel von der Kämmerei für diese Zwecke nicht zur Verfügung gestellt werden würden, ist eine darüber hinausgehende Regelung nicht möglich.

### **3.1.3. Kosten des Kulturreferats**

Die Veranstaltungstechnik in der Abteilung 2 des Kulturreferats der LHST München ist ein Betrieb gewerblicher Art, der seine Leistungen grundsätzlich gegen Nutzungsgebühren (zzgl. 19% MWSt) zu erbringen hat. Rechnungsstellung erfolgt auch im internen Verkehr. Eine Kostenfreistellung ist deshalb leider nicht möglich.

Da die Bereitstellung von kostengünstiger Veranstaltungstechnik für gemeinnützige, nicht-kommerzielle Veranstalter eine Maßnahme zur Förderung von Kunst und Kultur darstellt, liegt die Höhe der Ausleihgebühren allerdings erheblich unter den marktüblichen Sätzen.

### **3.1.4. Kosten des Kommunalreferats / AWM**

Der Abfallwirtschaftsbetrieb München ist gerne bereit, bei stadtteilbezogenen Veranstaltungen, an denen der Bezirksausschuss als Mitveranstalter beteiligt ist, die Abfallentsorgung kostenlos durchzuführen. Da sich der AWM bei dieser Gelegenheit als Dienstleister präsentieren und seine Leistungen darstellen kann, begegnet ein Verzicht auch keinen gebührenrechtlichen Bedenken.

Voraussetzung für einen reibungslosen Ablauf ist jedoch, dass dem Abfallwirtschaftsbetrieb in jedem Falle ein Ansprechpartner genannt wird und die Veranstaltung - soweit möglich - mindestens vier Wochen im Voraus bekannt gegeben wird, um die notwendige Logistik vorzubereiten. Außerdem ist darauf hinzuwirken, dass das in § 1 a Abs. 2 der Hausmüllentsorgungssatzung verankerte Einwegverbot bei der Ausgabe von Speisen und Getränken eingehalten wird.

### **3.1.5. Kosten der MVG**

Da die MVG grundsätzlich ihre zusätzlichen Leistungen nur gegen Kostenerstattung erbringen kann, können Leistungen der MVG nur ausnahmsweise durch die MVG getragen, wenn sie ( Mit-) Veranstalter ist.



Grundsätzlich ist den Veranstaltern aber anheim gestellt, ihre Veranstaltung so zu planen, dass der Linienverkehr möglichst wenig beeinträchtigt wird und entsprechend geringere Kosten entstehen. Für die entsprechende Beratung steht die MVG selbstverständlich gerne zur Verfügung.

### **3.2. Übernahme der Gebühren und Kosten durch das BA-Budget:**

Den Bezirksausschüssen steht ein Budget zur Förderung von Veranstaltungen in ihrem Stadtbezirk zur Verfügung. Damit können die Bezirksausschüsse auf Antrag über die (Zusatz-) Finanzierung der Stadtteilaktivitäten aus dem BA-Budget entscheiden. Somit kann auch im Einzelfall eine Übernahme der Gebühren und Kosten erfolgen. Im Falle einer Mitveranstalterschaft eines Bezirksausschusses wird eine finanzielle Förderung der Veranstaltung durch den Bezirksausschuss vorausgesetzt.

### **4. Fazit:**

Bereits jetzt werden viele Aktivitäten in den Stadtbezirken im Rahmen der derzeitigen finanziellen Möglichkeiten durch die verschiedenen Fachreferate gefördert. Das vorgeschlagene Konzept fasst die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten zusammen und bezieht dabei die Faschingsveranstaltungen mit ein.

Allerdings kann angesichts der äußerst angespannten Haushaltssituation keine weitergehende Kostenneutralität für die Veranstalter erreicht werden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass für die meisten Stadtteilaktivitäten entweder keine oder nur sehr geringe Gebühren erhoben werden.

Hohe Kosten entstehen vor allem, wenn Umleitungsverkehre und Haltestellenverlegungen bei der MVG erforderlich sind. Auf diese Kostenerstattung kann die MVG nur in Ausnahmefällen verzichten. Eine Abrechnung über den Hoheitshaushalt lehnt die Stadtkämmerei ab, allerdings ist eine Förderung aus dem BA-Budget möglich.

### **Anhörung der Bezirksausschüsse**

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung der Bezirksausschüsse nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Der Verwaltungsbeirat des Direktoriums, Bezirksausschussangelegenheiten, Herr Stadtrat Kaplan, sowie das Kreisverwaltungsreferat, das Baureferat, das Kommunalreferat, das Kulturreferat und die Stadtwerke München GmbH haben von der Beschlussvorlage Kenntnis erhalten.

## **II. Antrag des Referenten**

1. Das im Vortrag unter Ziffer I. dargestellte Konzept mit zahlreichen Fördermöglichkeiten von Stadtteulfesten und Faschingsveranstaltungen wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrags der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN / Rosa Liste vom 28.11.2007 sind somit geschäftsordnungsgemäß behandelt
3. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

## **III. Beschluss**

nach Antrag

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Bürgermeister/-in  
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Christian Ude  
Oberbürgermeister

**IV. Abdruck von I. - III.**

über den stenographischen Sitzungsdienst

**an das Direktorium – Dokumentationsstelle**

**an die Stadtkämmerei**

**an das Revisionsamt**

z. K.

**V. Wv. Direktorium HA II-BA**

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. an das Direktorium – HA II – (3x)  
an das Direktorium – Dokumentationsstelle  
an das Baureferat  
an das Kommunalreferat  
an das Kreisverwaltungsreferat  
an das Kulturreferat  
an das Referat für Arbeit und Wirtschaft  
an die Stadtwerke München GmbH

z. K.

Am

I.A.